Morgen-Ausgabe Nr. 148 Dienstag, 28. März 1939

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgeb. bei tägl. zweimal. Zustellg. frei Haus monatl. RM. 3.20; Postbez. RM. 3.20 einschl. 48,14 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellgeb.) bei 7x wöchentl. Verlang. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerh. Dresdens mit Abendausg. 10 Rpf.; außerh. Sachs. mit Abendausgabe 15 Rpf. Austerland 10 Rpf.

Druck und Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden A 1, Marienstraße 38/42. Ruf 25241. Postscheck 1068 Dresden. Die Dresdner Nachrichten enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Dresden, des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden und des Polizeipräsidenten in Dresden

Anzeigenpreise N. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Tarif B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Streit um die Dienstpflicht in England

Bekam Frankreich von Chamberlain eine Zusicherung?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. März.

In England ist eine neue Debatte über die Dienstpflicht in den Zeitungen und in den politischen Kreisen der englischen Hauptstadt entstanden. Sie ist nicht zuletzt dadurch hervorgerufen worden, daß Gerüchte auftauchten, nach denen Außenminister Bonnet aus London die Zusicherung nach Paris mitgenommen haben soll, daß Chamberlain die Dienstpflicht in England einführen werde. Diese Gerüchte werden aber von den maßgebenden englischen Stellen dementiert.

Das der Regierung nahestehende Büro „Preß Association" erinnert daran, daß die Regierung das Versprechen gegeben habe, in Friedenszeiten keine Dienstpflicht einzuführen und fügt hinzu, daß unter den gegenwärtigen Umständen auch keinerlei Absicht bestehe, der allgemeinen Dienstpflicht näherzutreten, noch ein nationales Zwangsregister einzuführen. Es scheint, als ob die Opposition sich mit diesen Versicherungen noch nicht begnügt, sondern vielmehr im Unterhaus durch entsprechende Anfragen Chamberlain zwingen will, Farbe zu bekennen. Der englischen Regierung dürfte nicht sonderlich viel daran gelegen sein, zu diesem Problem öffentlich Stellung zu nehmen, da selbst innerhalb des Kabinetts die Meinungen geteilt sind. Im Parlament selbst würde sich möglicherweise eine Mehrheit für die Dienstpflicht finden lassen, da wohl der größte Teil der Konservativen die Einführung der Dienstpflicht für notwendig hält.

Im Kabinett gilt vor allem Außenminister Lord Halifax als einer der Hauptbefürworter, dann aber auch der Kriegsminister Hore Belisha und der Handelsminister Oliver Stanley. Gegner der Dienstpflicht ist vor allem der Schatzkanzler Sir John Simon, den aber auch andere ältere Minister in der Ablehnung unterstützen. Auch der Innenminister Sir Samuel Hoare soll zu den Gegnern der Dienstpflicht gehören. Ein englisches Blatt glaubt, daß man sich zwar nicht zur Dienstpflicht, möglicherweise aber doch zur Eintragungspflicht in eine nationale Stammrolle entschließen werde. Selbst diese Lösung erscheint aber angesichts des Widerstandes eines Teiles der englischen Oeffentlichkeit heute zweifelhaft.

Unwahrheiten über Memel im englischen Unterhaus

Eine erstaunliche Auslassung des Unterstaatssekretärs Butler – Fern von jeder Geschichtskenntnis

London, 27. März.

Auf das Ersuchen, eine Erklärung über die Rückkehr Memels zu Deutschland abzugeben, erwiderte Unterstaatssekretär Butler im Unterhaus, die britische Regierung sei jetzt durch die litauische Regierung amtlich davon in Kenntnis gesetzt worden, daß am Abend des 22. März zwischen Deutschland und Litauen in Berlin ein Vertrag unterzeichnet worden war, der die sofortige Rückkehr des Memellandes zum Reich und die Errichtung einer Freihafenzone in Memel für Litauen vorsehe. In Beantwortung einer Anfrage der litauischen Regierung vom 10. März d. J. habe die britische Regierung ihr klargemacht, daß sie lediglich versuchen könne, die Respektierung des Memelstatuts sicherzustellen, soweit es in ihrer Macht liege. Nach Lage des Falles sei es selbstverständlich, daß die litauische Regierung gehandelt habe, ohne die Signatarmächte erneut zu konsultieren.

Als der Labour-Abgeordnete Henderson darauf fragte, ob es nicht eine Tatsache sei, daß die litauische Regierung das Statut von 1924 eingehalten habe, und ob nicht die Intervention der Reichsregierung unrechtmäßig sei, antwortete Butler unglaublicherweise: „Ja."

Schließlich bestätigte Butler noch auf Anfrage des Labour-Abgeordneten Noel Baker, daß die britische Regierung nicht protestiert habe.

•

Die Erklärungen des britischen Unterstaatssekretärs Butler, daß die litauische Regierung das Statut von 1924 eingehalten habe, ist eine Behauptung, die der Wahrheit ins Gesicht schlägt. Die Behauptung widerspricht der Geschichte des Memellandes, ganz abgesehen davon, daß sie den Kern des Problems, um das es hier geht, überhaupt nicht berührt. Es sei nur daran erinnert, daß von den 16 Direktorien, die das Memelland hatte, nur drei das verfassungsmäßige Vertrauen des Landtages besaßen. Daß man versuchte, das Schulwesen des Memellandes entgegen den Bestimmungen des Statuts zu litauisieren, daß memelländische Geistliche gegen Vertrag und Recht vom Gouverneur ihrer Aemter enthoben, daß überhaupt in dem Statut die versprochene Autonomie des Memellandes niemals Tatsache wurde, so daß in der Unterhaussitzung vom 30. Januar 1935 zum Beispiel der damalige britische Außenminister Sir John Simon die Unrechtmäßigkeit der Verhältnisse im Memelland zugeben mußte, das sind Beweise dafür, wie wenig ein britischer Unterstaatssekretär es mit der Wahrheit nimmt. Im übrigen ist das Entscheidende bei der Memelfrage aber die Tatsache, daß in Versailles an der deutschen Bevölkerung dieses Landes ein schreiendes Unrecht begangen wurde, das eines Tages wieder gutgemacht werden mußte. Das ist jetzt geschehen. Die Litauer selbst haben eingesehen, daß das notwendig war, und der freien Vereinbarung zwischen beiden Regierungen ist jetzt die Regelung gefolgt, die der Gerechtigkeit entspricht. Wenn man diese friedliche Lösung des Problems nicht respektieren, sondern sich lieber in Spitzfindigkeiten verlieren will, wie es nach der Debatte im Unterhaus den Anschein hat, kann uns das gleichgültig sein.

Das litauische Kabinett zurückgetreten

Neubildungsauftrag an den Generalstabschef Cerenius

Kowno, 27. März.

Ministerpräsident Mironas ist mit dem gesamten Kabinett zurückgetreten. Mit der Neubildung einer Regierung ist der bisherige Generalstabschef Oberst Cerenius beauftragt. Der Armechef, Brigadegeneral Rastikis, hat den Auftrag zur Bildung der Regierung zurückgegeben.

Ueber die Zusammensetzung des neuen Kabinetts ist noch nichts bekannt. Wie es heißt, soll zum Außenminister der frühere Außenminister Lozoraitis ausersehen sein. Auch ist nicht ausgeschlossen, daß dieses Kabinett personell Angehörige der anderen Gruppen, vor allem aus der christlich-demokratischen Opposition, heranziehen wird.

Lozoraitis Beauftragter für Memelfragen

Kowno, 27. März.

Auf Beschluß des Ministerrates ist der frühere Außenminister Lozoraitis, der bereits zum litauischen Gesandten in Italien ernannt war, dem Außenministerium zugeteilt und als Beauftragter zur Regelung der Fragen bestimmt worden, die sich aus dem deutsch-litauischen Vertrag über die Abtretung des Memelgebietes ergeben.

Die bolschewistische Front bei Toledo durchbrochen

Burgos, 27. März.

Wie der nationalspanische Generalstab mitteilt, haben die nationalen Truppen am Montagvormittag die bolschewistischen Linien an der Madridfront im Abschnitt am Brückenkopf von Toledo durchbrochen und sind bereits mehrere Kilometer tief vorgedrungen.

Wenige Stunden später setzten die nationalspanischen Truppen nach einer halbstündigen Artillerievorbereitung zu einem zweiten Vorstoß an der Toledofront ein. Der erste Ansturm war gleich von einem großen Erfolg gekrönt. Ueberall haben sich die bolschewistischen Milizen fast kampflos ergeben, so daß die Verluste verhältnismäßig gering sind. Zuverlässige Meldungen wollen wissen, daß die Zahl der rotspanischen Gefangenen außerordentlich hoch sein soll. Außerdem hätten die nationalspanischen Truppen viel Kriegsmaterial erbeutet.

An der Andalusienfront wurde der Vormarsch im Laufe des Montagvormittags erfolgreich fortgesetzt. Die nationalen Truppen stießen weitere zehn Kilometer tief in das noch unter sowjetspanischer Herrschaft stehende Gebiet vor.

Wieder Straßenkämpfe in Madrid

Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

Paris, 27. März.

Die letzten aus Madrid in Paris eingetroffenen Nachrichten besagen, daß sich in den Straßen der Stadt lebhafte Kämpfe abspielen. Ein großer Teil der Milizen scheine entschlossen, die Waffen vor den überlegenen Streitkräften Francos zu strecken und so ein weiteres nutzloses Blutvergießen zu vermeiden. Extreme Linkstruppen hätten, um die Uebergabe der Stadt zu verhindern, erneut zu den Waffen gegriffen, und es hätten sich heftige Kämpfe zwischen bewaffneten Zivilisten und Milizen entwickelt. Am Montag wurde von dem Sender Unione Radio in Madrid eine Proklamation Francos verlesen, in der allen Mitgliedern der Linksparteien, die sich keiner gemeinen Verbrechen schuldig gemacht haben, Straffreiheit zugesichert wird. Starke nationale Flugzeuggeschwader kreisten über der Stadt, warfen jedoch keine Bomben ab.

Nationale Offensive

Die großen politischen Ereignisse der letzten Wochen haben den Schwerpunkt der europäischen Politik vom äußersten Westen Europas abziehen lassen. Die Spannungszonen, die das Ringen des nationalen Spanien ausstrahlte, waren in ihrer Wirkungskraft abgeschwächt durch das große Werk der Strukturwandlung im mitteleuropäischen Raum, durch die Wiedereingliederung des Memellandes in das Großdeutsche Reich. Viel zu eng aber ist das Schicksal der Iberischen Halbinsel mit den Ereignissen in Mitteleuropa verbunden, als daß es aus dem Status nascendi, dem Entstehungszustand einer europäischen Neuordnung, herausgelöst werden könnte. Aus dem heißen Bemühen um die völkische Einheit bezieht auch das nationale Spanien seine starken Kräfte, die es diesen Kampf nun fast drei Jahre haben durchstehen lassen. Jetzt, nachdem von Deutschland aus der Hebel in Mitteleuropa angesetzt und ein latenter Spannungsherd in diesem Raum beseitigt worden ist, kommt im äußersten Westen wieder der Stein ins Rollen, greift Franco mit seiner militärischen Macht wieder in das Kräftespiel ein, um das Werk der Ordnung auch in diesem Teil Europas zu vollenden.

Der Beginn der nationalspanischen Offensive, die am Sonntagmorgen unter kraftvollem Einsatz von Süden her gegen das Zentrum des rotspanischen Widerstandes begonnen und die bereits einen 40 Kilometer tiefen Keil in die schwach besetzte Front der Roten getrieben hat, straft die Stimmen Lügen, welche die nach der Katalonienoffensive einsetzende Ruhe an den spanischen Fronten als einen Schwächezustand Francos auslegen wollten. Franco hat die Zeit der scheinbaren Ruhe wohl genutzt und die Siege in Katalonien auszuwerten verstanden. Der Kampf des nationalen Spanien ist ja nicht nur ein Ringen mit militärischer Macht. Hand in Hand mit der kriegerischen Befriedung geht das Aufbauwerk Francos, die Schaffung einer neuen sozialen Ordnung, die dem künftigen Spanien schon jetzt kräftige Züge verleiht. Dieses soziale Hilfswerk hat in der Zeit der Ruhe an den Fronten tatkräftig gewirkt und die furchtbaren Spuren in dem von der Gewaltherrschaft der Roten so schwer betroffenen Katalonien gelöscht. Daß Franco dabei das militärische Ziel seines Kampfes nicht außer acht gelassen hat, beweist die jetzige kraftvolle Offensive. In aller Stille hat der Generalissimus seine Truppen an den Fronten konzentriert und sich eine starke Ausgangsstellung geschaffen, aus der jetzt der überraschende Angriff gegen das letzte Widerstandsgebiet der Roten hervorgebrochen ist. Im ersten Ansturm haben die nationalen Truppen ein Gelände von mehr als 700 Quadratkilometer Ausdehnung in Besitz genommen, neue wirtschaftlich und strategisch wichtige Ortschaften sind in ihre Hände gefallen.

Die überlegene Haltung des um den Endsieg nicht Bangenden und das tiefe Mitgefühl für das spanische Volk, dem er weiteres Blutvergießen ersparen wollte, hatten Franco so lange von dem letzten nachdrücklichen Einsatz seiner militärischen Macht abgehalten und ihn den Weg der Verhandlungen einschlagen lassen. Franco hat sich dabei nicht etwa auf Kompromisse eingelassen, sondern die rückhaltlose Uebergabe des spanischen Restgebiets gefordert. Diese Verhandlungen sind in den letzten Tagen Gegenstand der unwahrscheinlichsten Mutmaßungen gewesen. Der sich plötzlich so national gebärdende rotspanische Verteidigungsausschuß versuchte über den Madrider Sender dauernd auf den Gang der Dinge Einfluß auszuüben, um die hoffnungslos verfahrene Situation der roten Bonzen in einem günstigeren Licht erscheinen zu lassen und Bedingungen an Franco zu stellen. Madrid hat die Bereitwilligkeit Francos zu Verhandlungen aber falsch eingeschätzt. Die Unterhändler des Verteidigungsausschusses sind, statt mit Konzessionen, mit einem Ultimatum nach Madrid zurückgekehrt, das dem Willen des nationalen Spanien, den Krieg, wenn nötig, mit äußerster Anwendung militärischer Macht zu beenden, deutlich genug Ausdruck gibt. Die Würfel sind jetzt gefallen. Die klare Linie der von Franco seit Beginn des Kampfes verfolgten Politik wird ohne jeden Abstrich weitergeführt. So wie die mehr oder minder offenen Drohungen der Demokratien den Kurs Francos auch nicht im geringsten zu beeinflussen vermochten, so ist auch durch die Anbiederungsversuche der um das bittere Ende bangenden Machthaber in Madrid die klare Linie unbeeinflußt geblieben. Die Opfer des spanischen Volkes sind viel zu groß, der fast dreijährige Leidensweg hat zu tiefe Wunden geschlagen, als daß Franco sich noch durch Kompromisse um den Erfolg seines Kampfes bringen ließe. Ein starker Friede, der eine eindeutige Lage in Spanien schafft, der die endgültige Liquidierung des Weltbolschewismus in Spanien

HEUTE BEILAGE

Heimat und Volkstum